

Initiativantrag

**der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags
betreffend
eines Maßnahmenpakets zur Abwendung von Übergriffen durch kriminelle Schutzsuchende**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass zusätzliche Maßnahmen geprüft werden, um wirksam strafrechtlich relevante Taten durch kriminelle Asylwerber und Asylberechtigte zu verhindern.

Begründung

Der Vorfall vom 30. März 2022, wo vier minderjährige Migranten eine 16-jährige deutsche Jugendliche in Linz am helllichten Tag vergewaltigt haben sollen, reiht sich nahtlos in die Liste von Übergriffen durch Asylwerber bzw. Asylberechtigte ein. In Wien wurde vergangenes Jahr eine 13-Jährige vergewaltigt und ermordet, in Schärding eine 7-Jährige missbraucht. Die Täter waren stets offiziell Schutzsuchende, die ab 2015 nach Österreich eingereist sind.

Diese Entwicklung muss gestoppt werden. Viele Eltern und Familien sind verunsichert und fürchten um die Sicherheit ihrer Kinder. Deshalb ist es notwendig, rasch weitere wirksame Maßnahmen zu prüfen, die den Schutz der Bevölkerung gewährleisten und darüber hinaus die Unterstützung von aus der Ukraine vertriebenen Frauen und Kindern sicherstellen. Dazu gehören beispielsweise

- die engmaschigere Vorschreibung und Kontrolle von Tagesabläufen von Schutzsuchenden,
- die Verhängung von Gebiets- und Reisebeschränkungen bzw. -verboten über abzuschickende Asylwerber nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten,
- eine EU-weit abgestimmte, rasche Außerlandesbringung von straffälligen Schutzsuchenden in Asylzentren in Drittstaaten, sofern eine Abschiebung ins Heimatland nicht möglich ist,
- die laufende Beurteilung der Gefährdungslage von Herkunftsstaaten,
- die Annahme der Volljährigkeit, sofern die Altersfeststellung verweigert wird sowie
- die Sicherstellung eines raschen Asylverfahrens, um durch lange Verfahrensdauern keine subsidiären Aufenthaltstitel zu generieren (Humanitäres Bleiberecht ab fünf Jahren).

Die unterzeichneten Abgeordneten bekennen sich zu humanitärer, staatlicher Hilfe für Geflüchtete im rechtlichen vorgesehenen Ausmaß. Eine Gefährdung der Sicherheit der eigenen Bevölkerung ist jedoch keinesfalls hinzunehmen.

Linz, am 5. April 2022

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Mahr, Gruber, Handlos, Graf, Fischer

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

Dörfel, Manhal, Stanek, Mader, Grünberger, Lengauer, Mühlbacher, Raffelsberger, Rathgeb